Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 82. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Dienstag, 18. Februar 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Der Don Quixote.

Der französische „Genosse" Jules Breton soll aus der Partei „fliegen", weil er in der Deputiertenkammer durch Bewilligung des Budgets sich mit den „Grundsätzen" der Sozialdemokratie in Widerspruch gesetzt hat. Der Angeklagte, über den der in einigen Monaten zu Toulouse stattfindende Parteitag der französischen Sozialisten aburteilen soll, scheint sich aber nicht so leicht zu ducken wie mancher deutsche Revisionist. Er wehrt sich ganz tüchtig und liest in den „Sozialistischen Monatsheften" der Sozialdemokratie den Text. Dabei schreibt er nach Daudets satirischem Roman:

„Alle fortwährend im Schoße der sozialistischen Partei entstehenden Schwierigkeiten haben ihren Ursprung in den Inkonsequenzen, in den Widersprüchen, die die Abgeordneten zwingen, entweder die Gesetze der Partei zu verletzen oder eine sterile Politik ohne Zusammenhang zu treiben, die der von Daudet so fein geschilderten köstlichen Mischung Tartarin-Don Quixote und Tartarin-Sancho Pansa würdig ist. Mit gesundem Menschenverstand und praktischem Sinne arbeitet Tartarin-Sancho Pansa, der im Herzen unserer wildesten „Revolutionäre" schlummert, eifrig daran, unsere Budgets zu verbessern. Er bringt die vernünftigsten Amendements ein, schlägt die gemäßigtsten Reformen vor, aber im Moment der Abstimmung über dies Gesamtbudget ... erscheint plötzlich Tartarin-Don Quixote, der in ihrem Gehirn umherwirbelt und stürzt sich, mit einem blauen Stimmzettel bewaffnet, wild auf die von einem Diener ruhig dargebrachte Urnenwindmühle. Da diese wenigen blauen Zettel der äußersten Linken in der Parlamentsurne nur mit den gleichgefärbten Herausforderungen zusammentreffen, die einige intransigente Don Quixotes der äußersten Rechten, Marquis, Grafen, Herzöge und Barone, an die Republik richten, so ist diese ritterliche Manifestation von absolut keiner praktischen Bedeutung. Bis jetzt hat das Staatsbudget im Parlament die Stimmen der Sozialisten in der Tat gar nicht nötig."

Genau wie bei uns in Deutschland. Es ist eitel Komödie, wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten wie ein Mann gegen den Reichshaushalt stimmen, an dem sie vorher lange Wochen mit Massenreden und Massenresolutionen herumgedoktert haben. Was hilft es, wenn die „Genossen" in langen Reden den Beamten Gehaltserhöhung und allerhand Vorteile, den Soldaten und Unteroffizieren höhere Löhnung, den Arbeitern in Reichsbetrieben Besserung ihrer Lage zum Fenster hinaus versprechen? Kommt es zum Bewilligen der Mittel, dann „gibt die Sozialdemokratie blaue Zettel ab".

Der Antrag auf Ausschließung des Budgetfrevlers Breton ist dadurch begründet, daß die Ablehnung des Budgets „die symbolische Geste" sei, „durch die die sozialistische Partei dem Parlament ihre unerschütterliche Opposition gegen den ausbeutenden Kapitalismus und den Staat, der zugleich dessen Ausdruck und Werkzeug ist, kundtat". Breton antwortet darauf: „Ich hasse symbolische Gesten, also religiöse Riten, automatische Manifestationen, im voraus festgesetzte Formeln, die unvorgesehene Umstände, zufällige Ereignisse, das Leben selbst nicht in Betracht ziehen." Er will nicht als Abgeordneter „gezwungen sein, als einfach bewußtloser Automat einen für alle vorgesehenen und unvorgesehenen Fälle im voraus bestimmten Stimmzettel in die Urne niederzulegen."

Das ist ja recht schön und charaktervoll gesagt; aber selbständige Charaktere kann eben die Sozialdemokratie in Frankreich wie in Deutschland nicht brauchen. Entweder die Bekenner zum Sozialismus folgen ohne zu murren dem Tartarin-Don Quixote und bringen den Ehrgeiz, etwas anderes als bewußtlose Automaten in den Händen dieses „edlen Ritters" zu sein, zum Schweigen, oder sie müssen fliegen. Bernstein, Heine, Schippel usw. haben sich dem Don Quixote längst löblich unterworfen; Breton wird es ebenso machen müssen.

Ein Attentat auf den König von Spanien?

Aus Paris geht uns unterm 18. Februar, 1 Uhr 20 Minuten nachts, folgendes Telegramm zu: Hier geht das Gerücht, daß ein Attentat auf den König von Spanien verübt worden sei. Nähere Meldungen liegen nicht vor.

Parlamentarisches.

Zur zweiten Beratung des Justizetats im Reichstage beantragte Abg. Dr. Junck mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, gesetzliche Bestimmungen vorzuschlagen, durch welche das Recht der Arbeitstarifverträge geregelt wird.

In der Sitzung der Rechnungskommission des Reichstages am Montag wurde zunächst von dem Abg. Hug (Zentr.) über die Rechnungen der Oberrechnungskammer für 1905 Bericht erstattet und auf Antrag des Referenten Decharge erteilt. Abg. Horn-Neisse (Zentr.) legte den Bericht über die Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1905 vor; derselbe wurde von der Kommission genehmigt. Dann referierte der Abg. Görcke (natlib.) über die von der Reichsschuldenkommission vorgelegten verschiedenen Rechnungen und über den Bericht betreffend den Invalidenfonds. Hierbei stellte er fest, daß der Fonds voraussichtlich im Jahre 1910 erschöpft sein werde.

Deutsches Reich.

* **Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte** ist Montag vormittag in Anwesenheit von 7000 Personen, auch des früheren Landwirtschaftsministers von Podbielski, im Zirkus Busch zu Berlin eröffnet worden. Die Generalversammlung nahm einstimmig folgenden Beschluß an:

Eingedenk seines Grundsatzes, des Volkes und Vaterlandes Wohl über den Streit von politischen Meinungen zu stellen, begrüßt der Bund der Landwirte die vom Reichskanzler Fürsten v. Bülow eingeleitete Blockpolitik als den Versuch einer Verständigung im Kampfe für die Erhaltung und Förderung nationaler Güter. Der Bund ist bereit, hierbei mitzuarbeiten, um die nationalen Ziele zu verfolgen. Ueber den Parteien stehend, lehnt er es jedoch ab, sich von der Verfolgung seiner die allgemeine nationale Wohlfahrt erstrebenden wirtschaftlichen Ziele irgendwie abdrängen zu lassen.

* **Prinz Adalbert in Paris.** Prinz Adalbert von Preußen ist Montag früh auf der Reise nach Vigo in Begleitung seines Adjutanten, des Korvettenkapitäns von Restorff, auf dem Nordbahnhofe in Paris eingetroffen, wo sich der Marineattachee, Fregattenkapitän Starke, zur Begrüßung eingefunden hatte. Prinz Adalbert nahm auf der Botschaft das Frühstück ein und besichtigte nachmittags das Pantheon, die Kirche Notre Dame, das Museum Carnavalet und den Invalidenpalast. Darauf unternahm der Prinz eine Rundfahrt durch die Stadt.

* **Besuch des Kaisers auf Helgoland.** Der Kaiser wird vor Antritt seiner Mittelmeerfahrt der Insel Helgoland einen Besuch abstatten, um die Uferbefestigungen, die in letzter Zeit an der Nordwestseite der Insel in Angriff genommen waren und rüstig fortgeschritten sind, zu besichtigen. Bekanntlich werden die Felsen der Insel durch Mauern und Wellenbrecher vor der Macht der Wellen geschützt und ihre Lücken durch Steinaufschüttungen ausgefüllt. Kaiser Wilhelm hat seit der Besitzergreifung der Insel im Jahre 1890 nicht mehr auf Helgoland geweilt, sondern hat bei Flottenmanövern in der Nähe der Insel nur die Helgoländer Düne besucht.

* **Reichskanzler Fürst Bülow** ist von seiner Influenza-Erkrankung wiederhergestellt und hat die Geschäfte wieder im vollen Umfange übernommen.

* **Fürst Leopold zu Salm-Salm,** Wild- und Rheingraf, Fürst zu Ahaus und Bocholt, Herzog von Hogstraeten, ist, wie schon kurz gemeldet, Sonntag vormittag auf Schloß Anholt gestorben.

Fürst Leopold war am 18. Juli 1838 geboren und seit 1893 mit der schon 1903 in Berlin gestorbenen Prinzessin Eleonore von Croy vermählt. Kinder sind dieser Ehe nicht entsprossen, so daß der Fürstentitel auf den ältesten Bruder des Verstorbenen, den 1845 geborenen Prinzen Karl übergeht, der unvermählt geblieben ist. Der verstorbene Fürst Leopold war preußischer Oberleutnant a. D. und erbliches Mitglied des preußischen Herrenhauses.

* **Personalnachricht.** Der „Reichsanzeiger" meldet die Ernennung des Legationsrates Prinzen Hermann Schönburg-Waldenburg, bisherigen Legationssekretärs bei der Gesandtschaft in Hamburg, zum Generalkonsul in Budapest.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung vom 17. Februar.

Am Ministertisch: Holle, Schwartzkopff.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag **Schiffer** (nl.), **Fischbeck** (frs. Vp.), **Ernst** (frs. Vgg.):

„Die Königliche Staatsregierung um eine eingehende Auskunft zu ersuchen

1. über die Ergebnisse der letzten vom Herrn Handelsminister angestellten Untersuchungen über die Vorbildung der Fortbildungsschüler;
2. über die Stellung des Herrn Unterrichtsministers zu diesen Ergebnissen;
3. über die Maßnahmen zur Behebung der in diesen Ergebnissen etwa zutage getretenen Mängel des Volksschulunterrichtes."

Abg. **Schiffer** (nl.) führt zur Begründung des Antrages aus, daß in der Volksschule der Memorierstoff in viel zu großem Umfange vorhanden ist. Wir sollten die Menge des Wissens einschränken, sollten weniger Wert auf die Paradekenntnisse legen, dagegen die Tiefe des Wissens, das Können verstärken. Hoffentlich kommen wir noch während dieser Tagung zu einem positiven Ergebnis im Sinne unseres Antrages. (Beifall links.)

Kultusminister Dr. **Holle**: Die Ergebnisse der letzten Untersuchungen über die Vorbildung der Fortbildungsschüler sind nach einer Mitteilung des Handelsministers noch nicht abgeschlossen. Daher bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die gestellten Fragen zu beantworten. Immerhin ist zuzugeben, daß generelle Schlüsse wohl gezogen werden können, und dazu gehört das eine, daß die Schüler der Volksschule leider mit einem verschiedenen Bildungsgrad die Schule verlassen. Daß die Zöglinge unserer Volksschulen mit vielfach verschiedenen Kenntnissen die Schule verlassen, findet also seine natürliche Erklärung in den bestehenden Verhältnissen. Es ist das ein Problem, dessen vollkommene Lösung wohl niemals gelingen wird. (Sehr richtig!) Aber es muß das Bestreben der Unterrichtsverwaltung sein, das Durchschnittsergebnis immer mehr zu heben. Durch das Volksschulunterhaltungsgesetz wird die feste Grundlage geschaffen für ein besseres Vorgehen.

Im übrigen bedarf es auch einer Hebung der inneren Verhältnisse der Volksschulen. Zu dem Zweck ist im Jahre 1901 ein neuer Lehrplan für die Ausbildung der Volksschullehrer erlassen, der auch erst allmählich einwirken kann, da jährlich nur verhältnismäßig wenig Lehrer in die Praxis treten. Ich bin ferner der Meinung, daß der Unterricht der Lehrer oft nicht genügend an die örtlichen Verhältnisse angepaßt ist, und ich habe am 31. Januar die Lehrer darauf hingewiesen, daß die Volksschule sich möglichst den verschiedenen Verhältnissen anpassen muß. Wir müssen aber suchen, dem Ideal möglichst nahe zu kommen. In dieser Beziehung die ganze Kraft einzusetzen, wird und muß immer das Bestreben der Schulverwaltung sein. Ich hoffe, daß uns das mit Unterstützung der Lehrer auch gelingen wird. (Beifall.)

Abg. **v. Diffurth** (kons.): Namens meiner politischen Freunde erkläre ich, daß auch wir die Volksvertretung für verpflichtet halten, alle Vorgänge auf dem Gebiete des Volksschulwesens zu beobachten. Wenn sich Mängel finden, werden wir an ihrer Beseitigung mitarbeiten. Die Mängel der Volksschule sind vielfach auf äußere Verhältnisse, auf weite Wege zu der Schule, auf überfüllte Klassen, auf Zwergschulen zurückzuführen. Wenn aber jetzt der Lehrer über Schulhygiene, über Sozialpolitik, Volkswirtschaft, Automobilwesen unterrichten soll, dann verliert sich die Arbeit des Lehrers in Kleinarbeit, wodurch die erzieherische Arbeit leidet. Wir halten an dem Grundsatz fest: für die Schule nicht multa, aber multum. (Beifall rechts.)

Abg. **Kesternich** (Ztr.): Ich halte die abfälligen Urteile über die Volksschule nicht für berechtigt und kann nicht zugeben, daß sie zurückgegangen ist. Die ungünstigen Resultate bei der Aufnahmeprüfung zur Fortbildungsschule sind nicht immer maßgebend für die Leistung der Volksschule.

Abg. **Rzesnitzek** (frk.): Meine Freunde werden die Regierung auf ihrem Wege unterstützen. Es kommt vor allem auf die Ausbildung der Lehrer an: soll diesen aber die Berufsfreudigkeit erhalten bleiben, so müssen sie auskömmlich besoldet werden. Die Halbtagsschulen sollten beseitigt werden. Meine Freunde stehen samt und sonders auf dem Boden der allgemeinen Volksschule, d. h. es sollen die Eltern nicht gezwungen werden, ihre Kinder in die Volksschule zu schicken, wohl aber sollen alle Kreise der Bevölkerung die Möglichkeit haben, sich der Volksschule zu bedienen. Die Grundlage des Unterrichts muß der Religionsunterricht bilden.

Kultusminister **Holle**: Auch ich bin der Meinung, daß man dem Volksschullehrer ein Avancement schaffen muß. Bisher bestand das in dem Aufrücken in Seminarlehrerstellen. In Zukunft sollen die Volksschullehrer aber auch in stärkerem Maße bei Besetzung der Kreisschulinspektorstellen herangezogen werden (Lebhafter Beifall), damit sie in der Aussicht auf Beförderung einen ständigen Antrieb finden, das Beste zu leisten. Es wird gefordert, die Lehrer an den Präparandenanstalten und Seminaren so zu stellen, daß sie dauernd bleiben. Bei den Lehrplänen wird den Lehrern tunlichste Bewegungsfreiheit gewährt. Von den Leistungen der Lehrer sind die Leistungen der gesamten Volksschulen abhängig. Ich möchte aber hier betonen, daß die preußischen Volksschullehrer den Erwartungen, die an sie von der Schulverwaltung gestellt worden sind, voll und ganz entsprochen haben (Lebhafter Beifall) und daß das, was unsere Volksschule geleistet hat, das Verdienst der Volksschullehrer ist. (Erneuter Beifall.)

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.): Die Aufstellung eines einheitlichen Lehrplanes für die Volksschulen wird nicht leicht sein, ich hoffe aber, daß wir trotzdem diesem Ziele näher kommen. Wir müssen alle Söhne unseres Volkes mit den Waffen ausrüsten, die es uns ermöglichen, den Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu bestehen. Ich bitte den Minister, dieser wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Frage die Beachtung zu schenken, die sie verdient. (Beifall links.)

Abg. **Ernst** (frs. Vgg.): So schlecht ist unsere Volksschule nicht, wie es manchmal hingestellt wird, sie leistet tatsächlich das, was man unter den gegebenen Verhältnissen von ihr verlangen kann. (Sehr richtig!) Wir wünschen nicht eine Belastung der Volksschule mit neuem Lehrstoff, sondern eine Entlastung in den ersten Schuljahren. Die Autorität des Lehrers in der Schule muß aufrechterhalten werden; ohne sie ist kein erfolgreicher Unterrichtsbetrieb möglich. (Beifall.)

Abg. **Hackenberg** (natlib.) erklärt die Zufriedenheit seiner Freunde mit der Aufnahme ihres Antrages. Eine Stoffüberhäufung in der Schule wünschten seine Freunde auch nicht, die Hauptsache sei und müsse bleiben die Ausbildung des Geistes der Kinder. (Beifall bei den Natlib.)

Abg. **Heckenroth** (kons.) erkennt die Leistungen der Lehrerschaft an und betont die Notwendigkeit, daß die Familie die Arbeit der Schule unterstützt. Deshalb billige er die Anregung, daß der Minister die Kindergärten und dergleichen durch Beihilfe fördern möge. (Beifall rechts.)

Abg. **Glattfelter** (Ztr.) tritt für Besserstellung der Lehrer ein. Ohne diese könnten die Lehrer den hohen Aufgaben ihres Amtes nicht gerecht werden.

Der Antrag geht an die Unterrichtskommission. Es folgt die Beratung des Antrages Bachmann (natlib.), der Staatsmittel fordert, um besonders befähigten Volksschülern mehr als bisher die weitere Ausbildung auf höheren Lehranstalten zu ermöglichen.

Abg. **Schiffer** (natlib.) begründet den Antrag. Die Gleichberechtigung aller, sich so weit zu bilden, wie sie wollen, sei nur eine graue Theorie für die, denen die Mittel zur Bestreitung der Kosten der höheren Bildung fehlten. Der jetzige Zustand wirke auf weite Volkskreise erbitternd. Große Mittel seien nicht erforderlich, es handle sich nur darum, einen Anfang zu machen.

Abg. **Henning** (kons.): So sympathisch uns der Grundgedanke des Antrages ist, so sprechen doch manche praktische Bedenken dagegen, vor allem die davon zu erwartende Zunahme des akademischen Proletariats und ein übermäßiger Andrang zu den akademischen Berufen und den Beamtenstellen. Zugleich würden dem Handwerker- und Mittelstand gerade die befähigtsten Elemente entzogen werden, deren er heute dringender als je bedarf, ohne daß eine Gewähr dafür geboten sei, daß sich die unterstützten Schüler in dem höheren Beruf zufrieden fühlten. (Beifall rechts.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802182-11/fragment/page=0001

Kultusminister **Holle**: Der Grundgedanke des Antrages hat außerordentlich viel Sympathisches. Es trifft auch zu, daß der Staat an der Förderung befähigter Volksschüler stark interessiert ist. Der Staat tut denn auch bereits viel auf diesem Gebiete: In den Etats der einzelnen Ministerien sind Summen zur Fortbildung befähigter Schüler eingestellt. Es geschieht, wenn man auch nicht alle Ansprüche befriedigen kann, jetzt außerordentlich viel. Im übrigen ist es nötig, daß jeder Stand möglichst viele Intelligenzen besitze, denn er braucht sie. Und es wäre verfehlt, durch allzu reichliche Zuführung befähigter Schüler zu höheren Berufen deren Ueberfüllung und damit das Heer der Proletosen und Unzufriedenen noch zu vermehren. (Beifall rechts.)

Abg. **Rzesnitzek** (freikons.) spricht sich in ähnlichem Sinne aus.

Abg. **Cassel** (freis. Vp.) tritt den Einwänden des Abg. Henning und des Ministers gegen den Antrag entgegen. Der Staat erkenne schon durch die bisherigen Geldbewilligungen die Berechtigung des Antrages an. Freistellen genügten aber nicht. Die Verwirklichung des Antrages diene dem Staatsinteresse und der Versöhnung der sozialen Gegensätze. (Beifall links.))

Abg. **Lusensky** (natlib.) begrüßt die prinzipielle Zustimmung aller Redner zu dem Antrage und empfiehlt Sorgfalt bei der Auswahl der zu unterstützenden Schüler.

Abg. **Ernst** (freis. Vgg.) tritt für den Antrag ein. Bei Stiftungen sollten die Stifter mehr der Volksschule und begabter Schüler gedenken.

Nach einer kurzen, dem Antrag zustimmenden Bemerkung des Abg. **Geisler** (Ztr.) wird auch dieser Antrag der Unterrichtskommission überwiesen und die

zweite Lesung des Kultusetats

fortgesetzt.

Auf Antrag des Abg. **v. Pappenheim** (kons.) werden die zum Kapitel „Elementarunterrichtswesen" gestellten Anträge **Lusensky** (natlib.), **Ernst** (freis. Vgg.) und **v. Oldenburg** (kons.) gemeinsam beraten. Der Antrag Lusensky verlangt eine angemessene Erhöhung der Ostmarkenzulage für Volksschullehrer in Posen und den gemischtsprachigen Kreisen Westpreußens, der Antrag v. Oldenburg will diese Forderung auch für alle anderen westpreußischen Lehrer erheben, und der Antrag Ernst fordert Festsetzung der Höhe der Ostmarkenzulage auf 300 Mk. nach fünf und auf 400 Mk. nach 15 Dienstjahren.

Abg. **Lusensky** (natlib.) begründet seinen Antrag mit der schwierigen Stellung der ostmärkischen Lehrer und mit ihrer materiellen Notlage infolge ihrer Boykottierung durch die polnische Bevölkerung.

Abg. **Ernst** (freis. Vgg.) begründet seinen Antrag in ähnlicher Weise und fordert die Einführung der Erhöhung noch vor dem 1. April d. J. oder mindestens mit rückwirkender Kraft.

Abg. Dr. **Krüger** (kons.) begründet den Antrag v. Oldenburg mit dem Hinweise, daß in manchen Gemeinden westpreußischer Kreise die Lehrer die Ostmarkenzulage erhielten, in anderen Gemeinden desselben Kreises dagegen nicht. Das sei unbillig und führe zu Unzuträglichkeiten.

Kultusminister **Holle** stellt eine Erhöhung der Ostmarkenzulage für Lehrer mit dem Lehrerbesoldungsgesetz in Aussicht. Die Höhe der Zulage sei abhängig von den Gehaltsätzen, die das Haus beschließen werde. In den laufenden Etat könnten die Mittel also noch nicht eingestellt werden. Die Gewährung von Ostmarkenzulagen an Lehrer in Gebieten, wo die Staatsbeamten keine solchen Zulagen erhielten, sei nicht möglich.

Nach weiterer Debatte, in der Abg. **v. Czarlinski** (Pole) die Anträge bekämpft, schlägt Abg. **v. Erffa** (freikons.) ihre Ueberweisung an die Kommission vor, die sich mit der Besoldungsvorlage zu befassen haben wird.

Daraufhin werden die Anträge Ernst und Lusensky zurückgezogen, mit dem Antrage v. Oldenburg wird gemäß dem Vorschlage Erffa verfahren.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Kultusetats. — Schluß 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

103. Sitzung vom 17. Februar.

Am Bundesratstische: Kraetke, Nieberding, Twele.

Die Spezialberatung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung wird fortgesetzt und die wiederholt vertagte Debatte beim Ausgabetitel „Staatssekretärgehalt" wieder aufgenommen.

Abg. **Wiedeberg** (Ztr.) befürwortet den Neunstundentag für Telegraphenarbeiter, höhere Entlohnung der gelernten Arbeiter, bessere Bezahlung der Sonntagsarbeit und wünscht eine Denkschrift über die Erfahrungen mit den Arbeiterausschüssen. Er spricht gegen die deutsche Einheitsmarke, da die Bayern ein Recht auf ihre Marke hätten, und rechtfertigt die Haltung des Zentrums im Falle Schellenberg gegenüber dem ihm zum Vergleich entgegengehaltenen Falle Grandinger. Grandinger ist ein Geistlicher, mit dessen Pflichten die Unterstützung von Bestrebungen unvereinbar ist, die auf Verdrängung der Kirche aus der Schule hinauslaufen. Würde ich es mir als Gewerkschaftsvorstand gefallen lassen, wenn einer meiner Gewerkschaftsbeamten gegen einen Mehrheitsbeschluß arbeiten wollte? Schellenberg ist aber kein Beamter. Und im übrigen haben die Konservativen im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis 1882 beschlossen, durch ihre Stimmabgabe Virchow zu gunsten des Sozialdemokraten zu verdrängen. Was hat denn Schellenberg anderes getan?

Abg. **Eichhorn** (Soz.): Die künstliche Entrüstung des Staatssekretärs über Singers Aeußerung wegen Verletzung des Briefgeheimnisses war überflüssig. Solche Dinge sind vorgekommen. So hat mein Parteigenosse Haase hier am 19. Januar 1904 einen Fall vorgebracht, wo einem Spitzel ein Brief an eine russische Studentin ausgehändigt wurde und der Postbeamte dies auch eingestand. Auch die Entrüstung des Herrn Hamecher war also unangebracht. Das Zentrum hat übrigens zur Zeit des Kulturkampfes ebenfalls unter Verletzungen des Briefgeheimnisses zu leiden gehabt. Redner kommt dann nochmals auf den Fall des Briefträgers Schalski, der wegen sozialdemokratischer Stimmabgabe resp. pensioniert worden sei, zurück und auf den Fall Schellenberg. Dieser sei nicht einmal Sozialdemokrat gewesen, sondern habe nur in der Stichwahl „das kleine Uebel" gewählt! Und er sei auch nicht einmal Beamter gewesen! Ein Streit mit Worten sei es, wenn der Staatssekretär sage: die Kündigung sei keine Maßregelung gewesen! Die Art, wie der Staatssekretär in einer seiner Bemerkungen über den Fall Schellenberg eine ganze große Partei als mit einem Makel behaftet hingestellt habe, sei eine Unversöhntheit! (Unruhe rechts. Graf Stolberg ruft den Redner erregt zur Ordnung.) Der Redner spricht gegen das akademische Studium. Dieses bedeute eine Zurücksetzung der jetzigen höheren Postbeamten und solle offenbar nur der Bourgeoisie weitere Futterstellen für ihre akademisch gebildeten Söhne schaffen. Auch in der Besoldungsfrage sind die Sozialdemokraten früher aufgestanden, sind lange, bevor die bürgerlichen Parteien die Wichtigkeit der Beamtenstimmen bei den Blockwahlen einsahen, dafür eingetreten. Der Redner bespricht die Verhältnisse der unteren Beamten. Er schließt, es sei bedauerlich, daß der Staatssekretär hier so kurzsichtige und parteigehässige Aeußerungen getan habe. (Zweiter Ordnungsruf.)

Staatssekretär **Kraetke** weist nochmals den Vorwurf zurück, als ob durch Postbeamte das Briefgeheimnis verletzt werde. Man solle ihm doch Namen nennen. Schon als der Abg. Haase seinerzeit so schwere Beschuldigungen gegen die Post erhob, sei er vergeblich aufgefordert, Namen zu nennen. (Zuruf links: Es handelt sich für uns um die Spitzel.) Der Staatssekretär antwortet erregt: Sie haben den Vorwurf der Verletzung des Briefgeheimnisses doch gegen die Postbeamten gerichtet, haben also doch die Verpflichtung, den Beamten zu nennen. Auch Herr Singer hat doch die gleiche Beschuldigung vorgestern beim Postetat vorgebracht! Sie haben mir ferner Unduldsamkeit vorgeworfen. Nun, sind Sie denn etwa duldsam? Wenn Sie das meinen, so erinnere ich Sie an Ihr „wer nicht gehorcht, fliegt!"

Abg. **Frhr. v. Gamp** (Reichsp.) weist ebenfalls die Anschuldigungen wegen Verletzung des Briefgeheimnisses durch die Post zurück. Zur Personalreform sich wendend, bittet Redner den Staatssekretär, das System der gehobenen Stellen für Unterbeamte noch weiter auszudehnen und auch auf die Postämter zweiter und dritter Klasse zu erstrecken. Der Verwendung von Frauen im Postdienste seien viel zu enge Grenzen gezogen. Unbegreiflich sei ihm, wie der Abg. Lattmann in der Budgetkommission habe sagen können, die Frau gehöre in die Kirche. Der Resolution auf Verbilligung des Ortsportos könne er nicht beipflichten, schon aus finanzieller Rücksichten. Ersparnisse an Ausgaben halte er für möglich dadurch, daß bei Postpaketen, deren Gewicht ausgeschreiblich hinter 10 Pfund zurückbleibe, kein Verwiegen mehr stattfinde. Ferner halte er das Abstempeln der Briefe für überflüssig. Der Lattmannschen Anregung, 1-Kilo-Pakete zu niedrigerem Portosatz zu befördern, bitte er nicht Folge zu geben. Ein Koalitionsrecht in dem Umfange, wie es die Arbeiter hätten, könne den Verkehrsbeamten nicht zuerkannt werden. Seine Freunde hätten jedenfalls zum Staatssekretär das Vertrauen, daß er die Disziplin zu erhalten bestrebt sein werde.

Abg. **Hug** (Ztr.) tritt für Postschecverkehr ein und wünscht bessere Briefpost- und Paketpost-Verbindungen zwischen Nord- und Süddeutschland, speziell im Verkehr Berlin-Bodensee.

Abg. Dr. **Boehme** (wirtsch. Vgg.) dankt dem Staatssekretär für die Einführung der Arbeiterausschüsse und bringt im einzelnen eine Reihe von Wünschen vor.

Abg. **v. Oertzen** (Rp.) befürwortet eine Petition von Militäranwärtern auf weitere Anrechnung ihrer Dienstzeit.

Abg **Dafner** (Ztr.) bittet, auch bei Gastwirten Markenverkaufsstellen einzurichten. Der Redner fordert weiter Portovergünstigungen für die Versendung von Schriften für Blinde.

Abg. **Lehmann**-Wiesbaden (Soz.) verbreite sich nochmals über den Fall Schellenberg und kündigt an, seine Freunde würden den Titel Staatssekretär ablehnen. (Anhaltendes Gelächter bei den bürgerlichen Parteien.)

Die Erörterung schließt. Der Titel Staatssekretär wird unter Heiterkeit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Nach Erledigung einiger Kapitel wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Schluß nach 6 Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der frühere Minister Ignaz Edler von Plener, Mitglied des Herrenhauses, ist im 98. Lebensjahre gestorben.

Persien. Das Reutersche Bureau meldet aus Teheran, das Parlament habe am Sonntag die Entlassung des Ministers des Innern verlangt und dem Kabinett im allgemeinen seine Unzufriedenheit ausgesprochen. — Bei Redaktionsschluß geht uns aus Teheran noch folgendes Telegramm zu: Der Präsident des Parlaments reichte sein Abschiedsgesuch ein, welches vorläufig nicht angenommen wurde.

Marokko. Aus Paris wird uns unterm 17. Februar gedrahtet: Gegenüber der heutigen Meldung der Morgenblätter, nach welcher ein Teil des dem Machsen gewährten Vorschusses für die Ausrüstung eines Expeditionskorps gegen Fes benutzt werden solle, wird in einer halbamtlichen Mitteilung erklärt, daß der von der Marokkanischen Staatsbank für die Besoldung der marokkanischen Hafenkruppen bewilligte Vorschuß ausschließlich für diesen Zweck und unter der Aufsicht der Marokkanischen Staatsbank verwendet werden würde. Die 2½ Millionen werden dem Machsen übrigens nicht auf einmal, sondern nur in monatlichen Raten ausbezahlt werden.

Vorderindien. Nach einer Meldung aus Kalkutta haben sich die Kolonnen des Generals Willcocks und des Oberstleutnants Roos-Keppel im Vormarsch auf das Dorf Chinar vereinigt. Gegen stärkere feindliche Kräfte, die von einem Höhenzuge eine große Transportkolonne des englischen Expeditionskorps angriffen, ließ General Willcocks durch das Begleit-Detachement dieser Kolonne einen Gegenangriff machen, den er mit Teilen der Hauptkolonne und Geschützen unterstützte. Die Anhöhe wurde genommen. Auf englischer Seite ein Mann tot, zwei schwer verwundet.

Aus Nah und Fern.

Die Enthüllungsfeier des Blücherdenkmals hat in Stolp i. P. am Sonntag in Gegenwart des kommandierenden Generals des 17. Armeekorps von Mackensen als Vertreter des Kaisers stattgefunden. Ferner waren anwesend der Generalinspekteur der Kavallerie, General von Kleist, Generalleutnant von Briesen, Oberst von Herzberg und Mr. French als Vertreter des Königs von England. General von Mackensen verlas eine Kabinettsordre des Kaisers und hielt eine Ansprache an die Soldaten, die mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. Nachdem die Hülle gefallen war, hielt Rittergutsbesitzer Siemen die Festrede, in der er die Verdienste Blüchers feierte. Der Erste Bürgermeister übernahm das Denkmal im Namen der Stadt. Später fand Parademarsch und Festessen statt.

Dampfer gesunken. Aus Portland wird berichtet: Der amerikanische Dampfer „Emily Red" ist in der Nacht zum 16. cr. gesunken. Zehn Mann der Besatzung ertranken, sechs konnten gerettet werden.

Piräus—Larissa — türkische Bahnen. Aus Athen geht uns die telegraphische Meldung zu, daß die Angriffe einiger ausländischer Zeitungen wegen der Verbindung der Bahn Piräus—Larissa mit den türkischen Eisenbahnen man dort für wenig gerechtfertigt halte. Dieser Anschluß der griechischen Bahn an das schon im Betrieb befindliche türkische Eisenbahnnetz würde direkte Landverbindungen zwischen Griechenland und der Türkei wie auch dem westlichen Europa herstellen. Man hofft bestimmt in Athen, daß dieses Projekt, das niemandes Interessen verletzt und auch bei niemand Bedenken hervorrufen kann, von der Pforte angenommen werden wird. Die griechische Bahnlinie, die jetzt schon Larissa erreicht, soll im Laufe dieses Jahres bis zur türkischen Grenze geführt werden.

Die Taunus-Automobil-Rennbahn. Gegenüber der anderslautenden Meldung eines Berliner Blattes teilt der Homburger „Taunusbote" mit, daß an maßgebender Stelle von einer Agitation der Taunuskurorte gegen die geplante Taunus-Automobil-Rennbahn nichts bekannt sei.

Das Wasser des Alleghanystromes fällt, wie aus Pittsburg gemeldet wird, langsam. Ueber 20 000 Mann sind infolge des Hochwassers beschäftigungslos geworden und vermehren so die schon große Anzahl Arbeitsloser. Tausende von Menschen haben sich in die zweiten Stockwerke der Häuser geflüchtet. Lebensmittel gelangen durch Polizeibeamte in Booten zur Verteilung. Niedrige Schätzungen beziffern den durch das Hochwasser angerichteten Schaden auf zwei Millionen Dollars.

Erderschütterungen. In Johannesburg sind in der Nacht zum 17. cr. zwei heftige Erderschütterungen verspürt worden.

Am Sonnabend nachmittag erschoß beim Spielen mit einem kleinen Revolver, den er von einem Schulfreunde erhalten hatte, der 10½jährige Schulknabe Stankiewicz in Kottbus den Sohn eines Maurers.

Die Affäre Friedberg. Die Spuren Friedbergs und Bohns sind verwischt. Weder vom einen noch vom andern kennt man gegenwärtig den Aufenthalt. Ein Sonntag früh umlaufendes Gerücht von der Verhaftung Friedbergs ist auf das Eintreffen seines Vertreters aus London zurückzuführen. Dieser hatte seine Ankunft einem Bekannten angezeigt und traf am Sonnabend abend um 11 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin ein. Von dort wurde er abgeholt, stieg im Hotel Westminster ab, besuchte ein Café und wurde dann aus seinem Hotel fistiert und noch in der Nacht verhört. Er hat Friedberg überhaupt in London nicht gesehen. Friedberg hat sich nach einer Blättermeldung den Bart abnehmen lassen. — Der mit den Ermittelungen im Bureau der Firma Friedberg betraute Kriminalkommissar Waldemar Müller übersendet, wie schon kurz erwähnt, einem Berliner Mittagsblatt zufolge folgende seltsame Erklärung: „Ich habe soeben den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin um meine Entlassung aus dem Staatsdienste unter Ueberfendung eines schriftlichen Gesuches gebeten. Die Gründe liegen in der unüberwindlichen Pflichtenkollision zwischen Disziplin und sachlicher Verantwortung. Seit Jahren habe ich versucht, einen Ausgleich zwischen diesen Pflichten zu finden. Ich habe gekämpft und gekämpft. Um aber schließlich in diesem nutzlosen Kampf nicht meine besten Kräfte zu vernichten, schreit eine Stimme jetzt in mir auf: „Löse dich endlich aus diesen unerträglichen Fesseln und mache dich frei." Das Pflichtgefühl als Beamter trifft mit dem Verantwortungsgefühl zusammen, um die Ermittelungen in der Friedberg-Affäre zu Ende zu führen. Die anstrengenden letzten Tage und Nächte haben jedoch in keiner Weise meine körperliche und geistige Kraft geschwächt. Ich fühle mich außerordentlich glücklich und von Arbeitsfreudigkeit beseelt. Ob die Festnahme Friedbergs heute oder morgen erfolgt, muß zurücktreten, wenn es sich darum handelt, dem deutschen Volke zu dienen! Waldemar Müller, Königlicher Kriminal-Kommissar." Man geht wohl, wie das genannte Mittagsblatt mit Recht bemerkt, nicht fehl in der Annahme, daß die Nerven des Kommissars Müller infolge der überaus anstrengenden Arbeit der letzten Tage — er hat vier Tage ohne Unterbrechung der Untersuchung des Friedberg-Falles gewidmet — einer starken Ueberreizung erlegen sind, und daß das Schreiben eine Folge dieser nervösen Depression ist. — Bei Schluß der Redaktion gehen uns noch folgende Meldungen aus Berlin zu: Der Kriminal-Kommissar Müller ist auf sein Abschiedsgesuch vorläufig beurlaubt worden. Sein Verhalten war schon Sonnabend aufgefallen. An Müllers Stelle ist in der Friedbergaffäre Kriminal-Kommissar Fischer getreten. Rechtsanwalt Caro ist am Sonntag auf freien Fuß gesetzt worden. — Die unter dem Verdachte der Kuppelei und Erpressung verhaftete Mutter und Tochter Scheybal in Berlin, die eine verhängnisvolle Rolle in der Friedberg-Angelegenheit gespielt haben sollten, sind ohne Stellung von Kaution mit Zustimmung des Staatsanwalts vom Untersuchungsrichter entlassen worden. Die erhobenen Beschuldigungen konnten nicht aufrecht erhalten werden.

Unfall zur See. Beim Verlassen des Hafens von Portsmouth erhielt der Torpedobootszerstörer „Lightning" durch einen Zusammenstoß mit einer Boje ein Leck in der Seite und begann zu sinken. Durch vorläufige Verstopfung des Lecks aber wurde das Schiff gerettet und ins Dock gebracht.

Großer Diebstahl. Wie die Kölner Blätter aus Elberfeld melden, drangen Diebe während der Nacht zum Montag in das Uhrengeschäft von Otto Claas ein und stahlen 300 goldene Herren- und Damenringe, sowie eine große Zahl goldener und silberner Uhrketten, Armbänder und Broschen. Die Diebe sind unerkannt entkommen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

⊙ **Seehausen i. Altm.**, 17. Febr. (Der landwirtschaftliche Verein) hielt am 14. cr. eine stark besuchte Versammlung unter der Leitung des Oekonomierats Hoesch-Arnkirchen im Erfurthschen Saale ab. Zunächst gibt der Vorsitzende bekannt, daß der oldenburgische Verein in Rodenkirchen den hiesigen Verein zu einem Besuch im kommenen Sommer eingeladen hat. Es wird beschlossen, der Einladung Folge zu leisten und eine Kommission, bestehend aus dem Rittergutsbesitzer Müller-Gack, Gutsbesitzer v. Colln-Lichterfelde und Amtmann Schmidt-Pollitz, gewählt, die diesen Ausflug vorbereiten soll. Dann hält Winterschuldirektor Caspari-Arendsee einen Vortrag: „Ueber Neuzüchtungen unserer landwirtschaftlichen Kulturpflanzen". Den zweiten Vortrag hält der Vorsitzende: „Beleuchtung einiger wichtiger Zuchtfragen." In wissenschaftlicher Weise behandelt Redner die Gefahren der Inzucht, der Hodgzucht, die Formenlehre und kommt zu dem Resultat, daß die Hochleistung immer auf Kosten der Gesundheit der Tiere erzielt werden muß. In der Besprechung wird darauf hingewiesen, daß man mit Schrecken aus der Statistik des Stendaler Schlachthofes ersehen habe, daß 50 Prozent aller geschlachteten Kühe und Rinder mit Tuberkulose behaftet seien, das sei eine Folge der einseitigen Zucht auf hohe Milcherträge. Major v. Jagow-Calberwisch bemerkt als Vorsitzender des Ausschusses für Tierzucht, daß bereits Maßnahmen getroffen würden, damit nicht die Hochleistungen in der Pferdezucht übermäßig bewertet würden, sondern daß auch die mittleren Leistungen zu ihrem Rechte kommen sollten, die Hauptsache sei doch nach den Worten des Grafen Lehndorff: Gesundheit, nochmals Gesundheit und recht viel Gesundheit. Die recht gründliche Erörterung dieses Themas ergibt die allgemeine Uebereinstimmung dahin, daß Einseitigkeit in der Zuchtrichtung stets zum Schaden der Viehzucht führe. Unter Vereinsangelegenheiten wird über ein ev. zu veranstaltendes Preispflügen verhandelt.

n. **Cöthen**, 17. Febr. (Ueber den Einfluß der Düngung auf Feld- und Gartenbau) hielt gestern nachmittag Herr Agrikulturchemiker Lierke auf Veranlassung des gemeinnützigen Vereins einen Vortrag, zu dem auch der landwirtschaftliche und der Gartenbau-Verein ihre Mitglieder eingeladen hatten. Der Vortragende wies eingangs auf den schärfer gewordenen Wettbewerb in Landwirtschaft und Gartenbau hin, der es nötig mache, den Betrieb nach Möglichkeit intensiv zu gestalten. Hierzu gehöre vor allem, den Pflanzen die erforderlichen Nährstoffe zuzuführen, von denen Kali, Phosphorsäure, Stickstoff und Kalk die wichtigsten seien. Stalldünger sei noch immer die Grundlage und unentbehrlich, da er dem Boden nicht nur Nährstoffe zuführe, sondern diesen auch verbessere. Ebenso gehören Kompost und Gründüngung hierher. Die Anwendung dieser Dünge stelle sich aber sehr teuer, der billigere Kunstdünger müsse daher helfen, die Nährstoffverluste im Boden auszugleichen. Eine Kalkzufuhr brauche der Boden nur alle 6—8 Jahre. Von großer Wichtigkeit sei dagegen die Phosphorsäure, die den Pflanzenzellen ihren wichtigsten Bestandteil, das Eiweiß, zuführe. Auch der Ansatz der Blüten und Früchte sowie die Reife der letzteren würden durch sie günstig beeinflußt. Getreide ergebe ohne sie wenig backfähiges Mehl. Kali wirke auf die Stärke- und Zuckerbildung ein, bei den Bäumen fördere es den Holzwuchs, Geschmack und Stärkegehalt der Kartoffeln würden durch richtige Kaliumwendung günstig beeinflußt, ebenso der Stärkegehalt der Braugerste. Bei Wein und Obst werde sowohl Menge wie Güte ganz wesentlich gefördert. Stickstoff bedinge die Erntemenge. Ohne ihn ernte man wohl gute, aber kleine Früchte in geringer Menge. Vorhanden müßten aber alle drei Stoffe sein. Es gelge sich bald, wenn einer fehle, auch wenn die anderen reichlich vorhanden sein. Ueber die Ausführung sagte Redner, daß Kartoffeln und Rüben nicht ohne Stalldünger auskämen, trotz diesem aber noch Stickstoff vertrügen, Kartoffeln in Gestalt von schwefelsaurem Ammoniak, Rüben besser als Salpeter. Aber auch Kali verbrauchten die Hackfrüchte in großer Menge. Vom Getreide brauchten Roggen und Hafer mehr Stickstoff als Weizen und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802182-11/fragment/page=0002

Gerste. Wiesen sei Kali und Phosphor zu geben, trockenen Wiesen auch Stickstoff. — Das Garten- und Gemüseland bedürfe von vornherein eine andere Behandlung als der Acker. Um die Lockerung des Bodens und seine Fruchtbarkeit zu erhalten, müsse der Stalldünger überwiegen. Trotzdem könne man auch hier den künstlichen Dünger nicht entbehren. Beim Obstbau müsse die Düngung nach den verschiedenartigen Verhältnissen eingerichtet werden. Im Blumen- und Ziergarten könne man den Stalldung schließlich entbehren, bedürfe dann aber des künstlichen Düngers, um ein freudiges Wachstum der Pflanzen zu erreichen, auch der Rasen könne ihn nicht entbehren. Für Topfpflanzen seien die gewöhnlichen künstlichen Düngemittel wegen ihrer Nebenprodukte nicht anwendbar. Für diesen Zweck gebe es recht gute Nährsalze, bei deren Anwendung man schöne Erfolge erziele. — Im zweiten Teile erläuterte Redner dann durch eine Reihe von Lichtbildern das vorher Gesagte.

Oeffentliche Stadtverordnetenversammlung

Montag, den 17. Februar 1908.

Vorsteher: Herr Geh. Kommerzienrat Steckner.

Eine Petition von Droschkenbesitzern wegen eventl. Aenderung des Droschkenfuhr-Regulativs wird dem Petitionsausschuß überwiesen. — Ein Antrag des Stadtv. Emmer, den Magistrat zu ersuchen, zu Notstandsarbeiten die Summe von 50 000 Mark auszuwerfen, wird als erster Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

1. Die Mittel Titel II 3 des Haushaltsplanes der Siechenhaus-Stiftung — Instandsetzung der Gebäulichkeiten — sind aufgebraucht. Versammlung bewilligt 300 Mk. zur Verstärkung vorgenannter Position à conto der zu erwartenden Ueberschüsse des Kämmerei-Haushaltsplanes für 1907 nach (Ref. Herr Stadtv. Aßmann.)

2. Die im Haushaltsplan der Paul Riebeck-Stiftung bei Titel II Nr. 1 — Reparaturen an Gebäuden, Unterhaltung der Einfriedigungen und Wege — bereitgestellten 1900 Mk. sind aufgebraucht. Der Magistrat hat beschlossen, aus den Ersparnissen der Stiftung des laufenden Rechnungsjahres 2000 Mark zur Verstärkung vorgenannter Etatsposition nachzubewilligen. Die Versammlung stimmt diesem Beschlusse zu. Ref. Herr Stadtv. Dietzel.)

3. Für nachverzeichnete Etatspositionen des Schlacht- und Viehhofes sind Nachbewilligungen erforderlich, und zwar: a) Schlachthof: 1. Titel III 2, Unterhaltung der Gebäude usw. 1500 Mk., 2. Titel III 6, Beschaffung der Geräte 300 Mk., 3. Titel IV 1, Beschaffung von Schreibmaterialien 200 Mk., Titel IV Ab 4, Allgemeine Betriebsunkosten 200 Mk., 5. Titel IV Ba 7, Vergütung an die Trichinenschauer 3000 Mk., 6. Titel IV Ba 8, Arbeitslöhne 2500 Mk., 7. Titel IV Bb 3, Kesselheizung 3000 Mk., 8. Titel IV, Bb 5, Desinfektionsanstalt 100 Mk., Summa: 10 800 Mk.; b) Viehhof: 1. Titel II 2, Unterhaltung der Gebäude 1000 Mk., 2. Titel III B 1, Arbeitslöhne 100 Mk., Summa 1100 Mk., insgesamt 11 900 Mk. Versammlung wird ersucht, 10 800 Mk. für den Schlachthof aus den zu erwartenden Ueberschüssen und 1100 Mk. für den Viehhof aus den zu erwartenden Mehreinnahmen nachzubewilligen. Es wird so beschlossen. (Ref.: Herr Stadtv. Knabe.)

4. Die offene Handelsgesellschaft Heinrich Franck Söhne in Ludwigsburg hat gelegentlich der Abtretung des Straßenlandes von ihrem Grundstück Am Kirchtor 3a zur projektierten Uferstraße sich erboten, daß weiterhin von diesem Grundstück fluchtlinienmäßig zur projektierten Straße A zwischen der Uferstraße und der Straße Am Kirchtor entfallende Land ebenfalls unentgeltlich schulden- und lastenfrei an die Stadtgemeinde Halle a. S. abzutreten und aufzulassen, wenn ihr der Wert dieses Landes auf die künftighin zu zahlenden Straßenherstellungskosten dieser Straße gemäß Ortsstatuts angerechnet wird. Diese Vergütigung kann aber der genannten Firma nur in dem Falle zugesichert werden, wenn durch Gemeindebeschluß festgelegt sein wird, daß die Anlegung der Straße A zwischen der Uferstraße und der Straße Am Kirchtor nicht durch einen Unternehmer, sondern lediglich in städtischer Regie erfolgt. Feststellungen gemäß kann die projektierte Straße A auf der in Rede stehenden Strecke nur als städtische Regiestraße ausgebaut werden. Die Anlagekosten haben die Anlieger auf Grund der gesetzlichen und ortsstatutarischen Vorschriften der Stadtgemeinde zu erstatten. Die Versammlung beschließt demgemäß und stimmt dem Abschlusse des betreffenden Vertrages mit Heinrich Franck Söhne zu. (Referent: Herr Stadtv. Gygas.)

5. Zwecks Verbreiterung des Bürgersteiges vor dem städtischen Grundstück Friedenstraße 1 ist die Vorgartenböschung bis zur planmäßigen Fluchtlinie abgeschachtet worden. Es erscheint nunmehr empfehlenswert, den Bürgersteig daselbst ordnungsmäßig zu befestigen. Der noch nicht regulierte Teil der Friedenstraße ist als städtische Regiestraße auszubauen, die Kosten des Straßenausbaues werden später von den Anliegern wieder eingezogen. Die Versammlung heißt die Befestigung des Bürgersteiges gut und bewilligt die erforderlichen Mittel in Höhe von 1400 Mk. nach Maßgabe des Kostenanschlages aus der Anleihe von 1900. (Referent: Herr Stadtv. Wolff.)

6. Der Königliche Eisenbahnfiskus beabsichtigt, zur Verbreiterung der beiden Böschungsschutzstreifen der Kasseler Bahnstrecke zwischen der Merseburger Chaussee und der Wörmlitzer Gemarkungsgrenze zwei Landstreifen von zusammen 1000 Quadratmeter Größe von dem dem Hospital St. Cyriaci et Antonii gehörigen Ackerplan Nr. 108 zu erwerben. Für diese beiden Streifen bietet der Eisenbahnfiskus dem Hospital St. Cyriaci et Antonii Landstreifen von rund 1400 Quadratmeter Größe (an den der Stadtgemeinde Halle a. S. gehörigen Plänen 38 und 39 und dem dem Hospital gehörigen Plane 40 belegen) zum Tausch an. Die Versammlung stimmt dem Landaustausch einstimmig zu. (Referent: Herr Stadtv. Emmer.)

7. Die Versammlung genehmigt einstimmig ein Nachtragsabkommen zu einem Vertrage betreffend Herstellung eines Tunnels zur Verbindung des Postgebäudes an der Thielenstraße mit dem Hauptbahnhofe. (Referent: Herr Stadtv. Wolff.)

8. In Fortsetzung der Festsetzung des Stadthaushaltsplanes wird zunächst Kapitel XII: Feuerlöschwesen erledigt. Es entspinnt sich eine lebhafte Debatte über die Höhe der Festsetzung der Kosten für Benutzung des Krankentransportwagens. Der Referent, Herr Stadtverordneter Aßmann, empfiehlt den Magistratsantrag zur Annahme, die Kosten für Krankenkassenmitglieder auf 3 Mk. (statt bisher 1,50 Mk.) und für Private auf 5 Mk. (statt bisher 3 Mk.) festzusetzen. Herr Stadtv. Kühme stellt den Antrag, die Kosten einheitlich festzusetzen für Privatpersonen und Krankenkassen auf je 3 Mk. Ein Antrag des Herrn Stadtv. Riediger lautet auf je 4 Mk., während Herr Stadtv. Emmer bittet, den bisherigen Zustand beizubehalten. Mit 25 gegen 22 Stimmen gelangt der Magistratsantrag zur Annahme. — In der folgenden Besprechung des Kapitels „Feuerlöschwesen" wurden von sozialdemokratischer Seite Dienstreisen der Feuerkommission nach Berlin bemängelt. Herr Stadtv. Osterburg wird wegen der Aeußerung, die Kommission habe städtische Gelder verschleudert, vom Vorsteher zur Ordnung gerufen. Ein Antrag, die Position für Dienstreisen von 500 auf 300 Mark zu ermäßigen, wird abgelehnt; das Kapitel im übrigen nach den Ausführungen des Referenten genehmigt.

Ueber Kapitel X — Schul- und Bildungswesen = Abteilung N: Stadttheater referiert Herr Stadtv. Prof. v. Blume. Es wird beantragt, für den Erneuerungsfonds des Zuschauerraumes in den Etat die Summe von 10 000 Mk. einzustellen. Außer dem Herrn Referenten tritt Herr Baurat Zachariae für die Bewilligung der Position ein, während die Herren Stadtv. Giese, Döhler und Nesse dagegen sprechen. Bei der Abstimmung erklären sich 26 Stadtverordnete für den Antrag, 23 dagegen. Hinsichtlich der Magistratsloge im Stadttheater wird einer Resolution zugestimmt, die besagt, daß die Loge in erster Linie dem Herrn Ersten Bürgermeister zu Repräsentationszwecken zur Verfügung stehen, daß jedoch die Mitbenutzung derselben durch die übrigen Magistratsmitglieder nicht ausgeschlossen sein soll. — Bei Abteilung O: Museum beantragt Herr Stadtv. Blumentritt die Ausarbeitung von Statuten für die Museumsdeputation, ferner stellt er den Antrag, die Pos. für Kunstzwecke 10 000 Mk. zur Verfügung beider städtischen Körperschaften zu stellen. Der Antragsteller zieht jedoch schließlich seine Anträge zurück. Herr Stadtv. Nesse beantragt, die Position 3600 Mk. für Anstellung eines Museumsdirektors zu streichen, das Kollegium beschließt indes, diesen Posten bestehen zu lassen. Das Kapitel X findet schließlich endgültig nach Vorschlag des Referenten Genehmigung.

Alsdann wird in die Besprechung des Kapitels XIV = Reinigung und Besprengung der Straßen — eingetreten. Es wurde zunächst wieder die Frage des Ortsstatuts betr. die Straßenreinigung aufgerollt und von Herrn Stadtv. Justizrat Glimm u. a. auf die Unsicherheit des Rechtszustandes des Ortsstatuts hingewiesen. Herr Erster Bürgermeister Dr. Rive verteidigte den bekannten Standpunkt des Magistrats in dieser Angelegenheit, und Herr Stadtv. Geh. Medizinalrat Dr. Schmidt-Rimpler führte aus, daß die Schuld an dem gegenwärtigen Zustande der Straßenreinigung durchaus nicht dem Magistrat beizumessen sei. Einige andere Stadtverordnete glaubten ihre Genehmigung zur Festsetzung des Kapitels wegen des zur Annahme gelangten Straßenreinigungs-Ortsstatuts nicht geben zu sollen und beantragten daher Vertagung. Mit 23 gegen 21 Stimmen wurde dem Antrage zugestimmt.

Außerhalb der Tagesordnung gelangte noch eine Magistratsvorlage betr. einen Vertrag der Stadt mit der Grube „Glück auf" wegen Landabtretung zur Annahme. (Ref.: Herr Stadtv. Blumentritt.) Schließlich erklärte sich das Kollegium mit einer Nachbewilligung von 5000 Mk. für die neue Oberrealschule einverstanden. Die Mehrkosten sind entstanden für erhöhte Löhne und Mehrkosten an Materialien. (Ref.: Herr Stadtv. Wolff.)

Letzte Telegramme.

Berlin, 18. Febr. Dem „B. L.-A." zufolge erfolgte in der amerikanischen Baumwollspinnerei Forchheim eine Kesselexplosion infolge Platzens eines Siederohrs. Ein Monteur und ein Kesselarbeiter wurden getötet und ein Schlosser tödlich verletzt. — Demselben Blatte zufolge verübte ein Leutnant des 128. Infanterie-Regiments in Danzig Selbstmord, indem er sich eine Kugel in die Brust schoß. — Demselben Blatte zufolge verletzte in dem Leipziger Vorort Gr.-Zschocher der Handlungsgehilfe Rahn nach einem Wortwechsel seinen 60jährigen Vater und tötete sich dann selbst.

Pest, 17. Febr. In Gymes (Zsiker Komitat) befand sich der Gemeindewald in Sequestration. Einige Mitbesitzer des Waldes wollten trotzdem darin Holz fällen, was die anderen Mitbesitzer nicht gestatten wollten. Es entstand eine blutige Schlägerei. Als Gendarmen die Ruhe wieder herstellen wollten, wurden sie von der Menge angegriffen. Sie waren gezwungen, von der Waffe Gebrauch zu machen und gaben zwei Salven ab, wodurch zwei Bauern getötet und fünf verwundet wurden.

Petersburg, 17. Febr. Die Verwaltung der Moskau-Kasan-Bahn hat Unterschlagungen von mehreren Millionen Rubeln entdeckt. Der Chef des Betriebsdienstes im ersten Bezirk ist verhaftet worden.

London, 17. Febr. Dem Reuterschen Bureau wird aus Petersburg über den Standpunkt der russischen Regierung bezüglich der Frage der Alandsinseln berichtet, Rußland habe keinerlei Absicht, die Alandsinseln zu befestigen. Die einzige Grundlage derartiger Gerüchte sei die Tatsache, daß während der Verhandlungen mit Schweden über den Status quo in der Ostsee Rußland gefordert habe, daß die Erhaltung des Status quo nicht verstanden werden dürfe als die Aufrechterhaltung der Alandsinseln-Konvention von 1855, die für Rußland demütigend sei.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

—y. **Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft in Hamburg.** Der Aufsichtsrat schlägt wie im vorigen Jahre die Verteilung einer Dividende von 10 % vor.

A. Produkten- und Warenmärkt.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. Hamburg, 17. Februar. Tägliche ausländ. Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Hardwinter II Febr. 220 M, Rosafé 79 kg schwim. $214\frac{1}{2}$ M, Jan./Febr. 213 M, Febr./März 212 M, Barletta Russo 80 kg Jan. 213 M, Jan./Febr. 210 M, Febr./März $209\frac{1}{2}$ M, La Plata ung. 80 kg Febr./März $208\frac{1}{2}$ M, Bluestem Jan. 221 M, Walla Walla Febr. 220 M — **Roggen:** Südruss. 9 Pud 10/15 Febr./März 209 M, 9 Pud 10 Novorossisk Febr./März 208 M, 9 Pud 5 Odessa nach Must. Febr./März 207 M, — **Futtergerste:** Südruss. 60/61 kg schwim. $143\frac{1}{2}$ M, Febr. $143\frac{1}{2}$ M, Febr./April 144 M — **Mais:** Mixed dreihäfig Febr. 144 M, gedarrt $146\frac{1}{2}$ M, New-York zehntägig gedarrt 148 M, La Plata schwim. 151 M, April/Mai 140 M, Mai/Juni/Juli 139 M, Odessa schwim. 146 M

L. Weltmarkt, Berlin, 17. Febr. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen:** Berlin, 755 gr., Mai 210,50, Juli 210,50. Newyork, Red Winter Nr. 2 loko 153,30, Mai 157,20. Chicago Northern I Spring, Mai 144,80, Juli 139,80. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 159,85. Paris Lieferungsware Februar 175,70, Budapest Lieferungsware April 200,20. Odessa Ulka $9^{25}/_{30}$ 3—4 % Bes. einschl. Bordospesen loko 178,55. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—. **Roggen:** Berlin 712 gr. Mai 203,75, Juli 200,50. Odessa $9^{10}/_{15}$ einschl. Bordospesen loko 156,40. **Hafer:** Berlin 450 gr. Mai 169,00, Juli —,—. **Mais:** Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 116,25. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

Düngemittel.

— **Magdeburg,** 17. Februar. Dünge- und Futtermittel. (J. F. Lahne.) Chilisalpeter 15—16 % Lieferung Febr.-März 1908 11,05 M, schwefels. Ammoniak $20\frac{1}{2}$ % pr. 63 ₰ p. %, aufgeschloss. Peruguano 7 + $9\frac{1}{2}$ % 8,30 M, Ammoniak-Superphosphat 9 + 9 % 8,20 M, Superphosphat 17—19 % 20 ₰, Baumwollsaatmehl, entfasert 55 bis 58 % 8,05 M, Texas 55—58 % 7,95 M, Erdnußkuchenmehl 52—56 % 7,40 M, Sesamkuchenmehl 50—52 % deutsches 7,30 M, Maizenafutter 26—30 % 7,30 M, Kokoskuchen, deutsche 30—33 % 8,30 M, Palmkernkuchen, deutsche 23—26 % 6,70 M, Leinsaatkuchen, deutsche 36 bis 40 % 8,10 M, Rapskuchen, deutsche 40—43 % 6,40 M, Mohnkuchen, deutsche 42—45 % 6,75 M, Reisfuttermehl aus deutscher Schälmühle 24—28 % 5,85 M, helle Biertreber 26—30 % —,— M, Knochen-Präzipitat (Futterkalk) feinste Ware mit 40 % 11,00 M Parität frei ab Magdeburg bei 200 Ztr.-Ladungen.

Hopfen.

— **Nürnberg,** 15. Februar. (Hopfenbericht.) Heutige Preise für: Geringe Markthopfen bis 30 M, mittel do. bis 42 M, prima do. bis 52 M. Gebirgshopfen bis 62 M, mittel Aischgründer bis — M, prima do. bis — M, geringe Hallertauer bis 40 M, mittel do. bis 58 M, prima do. bis 75 M, Hallertauer Siegelgut (Au-Wolnzach) bis 80 M, mittel Elsässer bis 52 M, prima do. bis 65 M, mittel badische bis 60 M, prima do. bis 80 M, geringe Württemberger bis 42 M, mittel do. bis 60 M, prima do. bis 75 M, mittel Posener bis 55 M, prima do. bis — M, Spalter Land, leichte Lagen bis 75 M, do. schwere Lagen bis — M. Für Auswahl aus Partien werden einige Mark mehr bezahlt.

Kartoffeln. Trockenkartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

Kartoffelmarkt-Bericht vom 17. Februar von der Preisberichtstelle des D. L.-R. Tendenz: steigend. Für Kartoffeln in Wagenladungen von 10 000 kg ist bezahlt worden in Mark für 50 kg in Berlin für a) Eßkartoffeln: I. Weißfleischige: Rote Daber 2,70 bis 2,95, andere rote Sorten 2,40—2,50, Magnum bonum (Bruce, Up to date) 2,65—2,70, Weiße runde (Imperator, Maercker, Athene) 2,35—2,40; II. Gelbfleischige: Blaue —,—, Rote —,—, Weiße (Mühlhäuser, Zwickauer, Thüringer, Kreuz) —,—; b) Futter- und Brennware (wie sie das Land liefert): Rote Daber —,—, andere rote Sorten —,—, weiße Sorten —,—, per Prozent Stärke gezahlt Pfennig —,—. In Leipzig für dieselben Sorten 2,40; 2,20; 2,40; 2,10; —,—; —,—; —,—; 1,60; 1,60; —,—; 8—9. In Magdeburg für dieselben Sorten 2,40; 2,25; 2,25; 2,10; —,—; —,—; 2,75; 1,50; 1,50; 1,50; 8—$8\frac{1}{2}$. In Gardelegen für dieselben Sorten 2,20; 2,15; 2,40; 2,10; —,—; —,—; —,—; 1,80; 1,80; 1,75; —,—. In Salzwedel für dieselben Sorten —,—; —,—; 2,30—2,35; 2,00—2,10; —,—; —,—; —,—; —,—; 1,70; 1,70; —,—.

Großhandelspreise für Trockenkartoffeln in Käufers Säcken, frei Station, in Mk. für 50 kg. Flocken; Maldeuten 8,50, Döhrings b. Praffen 8,30, Grodtken 9,00 (Käuf.), Winnegora 8,25—8,75, Marzenin 8,50 (Käuf.), 9,00 (Verk.), Twardow b. Witaschütz 8,80, Lomnitz Bez. Posen 9,00, Labischinek 8,30, Polchow 8,75, Paulsdorf 8,20 (Käuf.), 8,50 (Verk.), Ober-Stradam 8,50, Buselwitz 8,50, Polgsen 8,63, Broitz i. P. 8,50, Kempen b. Bülzow 8,35 (Käuf.), Bejow 8,20, Hartowitz 8,50, Hammer b. Krehlau 9,00 (Verk.), 8,70—8,80 (Käuf.), Zeltsch 8,50, Falkenhagen 9,00 (Verk.), Beutnitz 8,90, Sembten 8,60, Heinersdorf 8,60, Moestchen 8,75, Labischinek 8,70, Wormsfelde bei Stolzenberg 8,60, Züllichau 8,80 (Waggonldg.), 9,00 (Stückgut), Genschmar 9,00, Regenthin 9,50 (Verk.), Muttrin 8,50, Besow b. W. Tychow 8,20, Karstädt 8,75 (Waggonldg.), 9,00—9,25 (Detail), Plau i. M. 8,60, Bülstringen 8,75, Westerhorn 10,00, Dettmannsdorf 9,00. Scheiben: Wierschoslawitz 8,50. Schnitzel: Ventschow i. M. 9,50, Zuckerfabrik Calbe a. S. 9,50 (Waggonladung), 10,00 (Stückgut), Soldin 8,50. (D. L.-R.)

Spiritus.

— **Hamburg,** 17. Februar. Spiritus fest, Februar $32\frac{1}{8}$ G., Februar-März $32\frac{1}{8}$ G., März-April $32\frac{1}{8}$ G.

— **Paris,** 17. Februar. Spiritus matt, Februar 44,50, März 45,00, Mai-August 46,50, Septbr.-Dezbr. 41,75.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln,** 17. Febr. Rüböl loko 77,50, Mai 76,50.

— **Hamburg,** 17. Febr. Rüböl ruhig, loko verzollt 75,00.

— **Paris,** 17. Februar. Rüböl fest, Februar 89,25, März 86,25, März-April 86,25, Mai-August 82,00.

W. Pest, 17. Febr. Raps ruhig per August 16,60 Gd., 16,70 Br.

Zucker.

W. Hamburg, 17. Febr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Februar 19,70, per März 19,85, Mai 20,15, per August 20,45, per Oktober 19,45, Dezember 19,40. Tendenz: stetig.

W. London, 17. Febr. 96 % Java-Zucker prompt ruhig, 10 sh. 9 d. Verk. Rüben-Rohzucker Februar matt, 9 sh. 10 d. Wert.

Kaffee.

— **Hamburg,** 17. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März $32\frac{3}{4}$ G., Mai $33\frac{1}{4}$ G., September $33\frac{3}{4}$ G., Dezember 34. Tendenz: Ruhig.

— **Amsterdam,** 17. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, fest, loko $37\frac{1}{2}$.

— **Havre,** 17. Febr. Kaffee. Good average Santos März 43,00, Mai 43,00, Septbr. 43,00, Dez. 43,00. Tendenz: Ruhig.

W. Rio de Janeiro, 15. Febr. Kaffee. Zufuhr 13 000 Sack in Rio, 12 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen,** 17. Februar. Baumwolle, willig. Upland midding loco $58\frac{1}{2}$ Pfg.

— **Antwerpen,** 17. Febr. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Febr. 5,40 Käufer, August $5,02\frac{1}{2}$ Verkäufer. Ruhig.

— **Liverpool,** 17. Febr. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz: Willig.

Amerikan. good ordinary Lieferungen: Fieberhaft. Per Febr. 5,66, per Febr.-März 5,65, per März-April 5,65, per April-Mai 5,65, per Mai-Juni 5,64, per Juni-Juli 5,62, per Juli-August 5,59, per Aug.-September 5,51, per Sept.-Okt. 5,43, per Okt.-Nov. 5,34.

Petroleum.

— **Hamburg,** 17. Febr. Petroleum fest, Standard white loko 7,55.

Metalle.

— **Amsterdam,** 17. Februar. Bancazinn flau, loco $75\frac{3}{4}$.

— **London,** 17. Febr. Silber $25\frac{15}{16}$ Lstrl., Chili-Kupfer $57\frac{3}{4}$ Lstrl., per 3 Monate $58\frac{1}{8}$ Lstrl., Blei, span. $14\frac{1}{4}$ Lstrl., engl. $14\frac{5}{8}$ Lstrl., Zinn $127\frac{1}{2}$ Lstrl., Zink $21\frac{3}{4}$ Lstrl.

— **Glasgow,** 17. Febr. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 48 sh. 10 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig,** 17. Febr. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb 527 Rinder, und zwar 181 Ochsen, 24 Kalben, 193 Kühe, 129 Bullen 363 Kälber; 795 Stück Schafvieh; 2190 Schweine, und zwar nur deutsche; zus. 3875 Tiere. Preise: Ochsen: I. 82, II. 76, III. 68, IV. 60 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. 76, II. 72, III. 66, IV. 58, V. 48 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 72, II. 66, III. 58 M für — kg Schlachtgew. Kälber: I. 51, II. 46, III. 36, V. — M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 43, II. 40, III. 35 M für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 57, II. 54, III. 49, IV. 50 M für 50 kg Schlachtgew. Verkauf: 486 Rinder, und zwar 162 Ochsen, 23 Kalben, 181 Kühe, 120 Bullen, 363 Kälber, 496 Schafe, 2121 Schweine. Geschäftsgang: Rinder, Schafe, langsam, Kälber, Schweine mittelmäßig.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 17. Febr. Roter Winter-Weizen loko $98\frac{3}{4}$, per März —,—, per Mai $100\frac{7}{8}$, per Juli $96\frac{7}{8}$, per Sept. —,—, Mais per Mai $69\frac{1}{4}$, per Juli $68\frac{1}{8}$, per Sept. —,—. Mehl 4,35. Getreidefracht nach Liverpool $1\frac{3}{4}$.

W. Chicago, 17. Februar. Weizen per Mai $92\frac{7}{8}$, per Juli $89\frac{1}{4}$, Mais per Mai $60\frac{1}{4}$.

W. New-York, 17. Februar. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia 8,70, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 178.

W. New-York, 17. Febr. Schmalz Westernsteam 7,65, Rohe und Brothers 7,85.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales: i. V.: derselbe; Schlußredaktion: A. Verwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802182-11/fragment/page=0003

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	*q₁* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	*q₂* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	*q₃* do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 17. Febr. 1908

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.
Berlin. Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuss 7%, Privatdiskont 4⅝%.
Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.							
Dt. Rchs.Sch	v	3½	99.80G	Spandau 95	d	3½	91.25b
do. 1912	a	4	100.00B	Stargard i.P.	d	3½	—.—
fäll. 1.7.08	a	3½	99.40G	Stendal 01	a	4	—.—
fäll. 1.10.08	d	3½	99.20G	do. 03	d	3½	90.25G
fäll. 1.4.09	d	3½	98.90B	Stettin	a	3½	90.80G
Pr.Schatz 12	a	4	100.00B	do. 1904	d	3½	90.70G
Dt.Rchs-Anl.	v	3½	92.70b	Teltow.Kreis	d	4	99.10bG

Eisenbahn-Prior.-Obligat.							
Rss.c.EBAl.II	q₁	4	83.00G	Brschw Ldsb	a	3½	—.—
Russ.EBA.02	a	4	81.60bG	Bröltb. 90er	d	4½	—.—
do. 1905	a	4½	93.90b	Halle-Hettst	d	3½	—.—
RussStaatsrt	q₃	4	—.—	Halb Blnk.84	a	3½	89.50G
do.Nicolai-B	e	4	—.—	do. 1895/03	a	3½	89.50G
do.Prm.A.64	a	5	—.—	Nordh.Wrn.E	d	4	—.—
do. do. 66	c	5	—.—	Zschpk Finst	d	3½	—.—
do. Bodencr.	a	5	106.55b				
do.conv.Obl.	a	3,8	72.90b				

Nordd. Grdcr III IV u. V	d	4	96.50bG	Lahm. &Co.3	d	*4½	100.00B
do. VI.	a	4	96.75bG	Laurahütte	a	*4	97.75G
do. X. XI.	a	4	97.40G	do.	c	*3½	91.00G
do. XII. u. 12	d	4	97.50bG	Ldf.EyckSt 5	d	*4½	97.30B
do. XIV.	d	3½	93.50G	Leopold-Gr.	a	*4½	98.75G
do XV. u. 15	a	4	97.75bG	Ldw.Löwe&C	d	4	98.00B
do. VII.-IX.	a	3½	90.00G	LwnbrHSch2	d	*4½	100.20G
do. XIII. u. 12	d	3½	92.00G	MgdbBaub.3	a	*4½	—.—
				Mannesmr.5	a	4½	101.00G

Böhm. Brauh	1	5	144.00G	Grünau	1	10	157.25G
BolleWb abg	O	4	114.50G	v. Heyden	1	10	160.00G
Dtsch.Bierb.	O	8	130.75B	Hönning.	7	10	149.90b
Friedrichsh.	O	4½	93.25G	Milch	N	15	229.00G
Gebhardt.	O	1	60.50G	Oranienb.	1	10	171.25bG
Gericke Wsb	O	0	32.25G	Weiler.	1	10	152.00G
Germania	O	5	98.50G	Albert.	1	22½	384.50b
Hilsebein.	O	0	64.80b	Byk	7	0	59.80bG
Kaiserbr.	1	5	89.90G	Chemn. Wrkz	7	6	101.75B

Klaus.Sp. ab	1	8	92.50B	Schönh Allee	1	frc.	650.00G
Köhlmann St	O	18	298.00G	Schöneb Met	7	4	41.90bB
Koll.&Jourd.	5	15	291.25b	Schoening	5	8	103.50G
Kölsch Walz.	7	10	105.00B	Schönw.Prz.	1	4	91.50bB
Kg. Wilh. cv.	1	20	252.00G	Schött Rhdt.	1	10	120.75G
do.do. Pr.-A.	1	25	339.00B	Schftg. Huck	1	8	—.—
Kön.Marienh	1	0	89.25G	Schub.&Slz.	4	30	294.50bG
do. do. V.-A.	1	3½	89.50bG	Schuckert El	8	5	105.00b
Kgsb. Walzm	1	6	95.00G	Fr.Schulz jr.	1	23	281.75G

Erläuterungen zum Kurszettel. Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemässigen Stückzinsen 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802182-11/fragment/page=0004